

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Berthold Wittich MdB zur
Notwendigkeit, dem
Rechtsradikalismus mit
einer Bildungsoffensive den
Boden zu entziehen: Die
Legenden entlarven, die hi-
storische Wahrheit aufdek-
ken.

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB zur
Lage in der DDR: Die
Kräfte der Reform drän-
gen.

Seite 3

Eckart Kuhlwein MdB zu
der von der Bundesregie-
rung beschlossenen Ände-
rung des Verfahrens der
Studienplatzvergabe: Auf
dem Weg zu Hochschulen
zweiter Klasse.

Seite 4

44. Jahrgang / 180

19. September 1989

Die Legenden entlarven, die historische Wahrheit aufdecken

Zur Notwendigkeit, dem Rechtsradikalismus mit einer Bildungs-
offensive den Boden zu entziehen

Von Berthold Wittich MdB
Mitglied im Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
des Deutschen Bundestages

Angesichts der Wahlerfolge der „Republikaner“ und des Erstar-
kens rechtsradikaler Gruppierungen ist es die Aufgabe der SPD,
gemeinsam mit Lehrern, Kirchen und Gewerkschaften eine breit
angelegte Aufklärungskampagne zu starten, um unsere Jugend vor
den „falschen Führern“ zu warnen und vor der Verfügung zu be-
wahren. Im Zuge dieser Bildungsoffensive müssen die historischen
Fakten schonungslos aufgedeckt, die Legenden beim Namen genannt
und die widerlichen Lügen der Ewiggestrigen entlarvt werden.

Andernfalls schließen die Unverbesserlichen mit ihren menschen-
verachtenden Parolen die Lücken, die unterlassene historische Bil-
dung hinterläßt.

- Wahr ist: Das deutsche Volk mußte zweimal in diesem Jahr-
hundert den nationalistischen Größenwahn der Ewiggestrigen,
der Alideutschen, der Deutschnationalen und der Nazis mit
militärischen Niederlagen katastrophalen Ausmaßes und dem
Verlust seiner nationalen Einheit bezahlen.
- Wahr ist: Die rechtsbürgerlichen Parteien, von der Hugenberg-
Presse und Großgrundbesitz sowie Schwerindustrie unterstützt,
hatten Hitlers haßerfülltem Feldzug gegen die Republik Klima
und Boden bereitet („Dolchstoß“, „Schmachfrieden“, „Juden-
republik“).
- Wahr ist: Am 30. Januar 1933 betrat nicht nur der Totengräber
der Weimarer Republik die politische Bühne, sondern auch ein
gewissenloser Machtpolitiker, der sich die Ausrottung des jüdi-
schen Volkes und die Vernichtung der politischen Gegner zum
Ziel gesetzt hatte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemuljater Umgang
mit wertvollem Rohstoff
Recycelte-Papier



- Wahr ist: Der Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen, von Hitler gewollt, geplant und befohlen, war der Auftakt eines beispiellosen Vernichtungskrieges.
- Wahr ist: Der blinde Gehorsam gegenüber diesem „Führer“ und seiner verbrecherischen Clique führte direkt in die Hölle von Auschwitz und Treblinka, aber auch in den Kessel von Stalingrad und zum Untergang der 6. deutschen Armee.
- Wahr ist: Der „größte Feldherr aller Zeiten“ hat den Idealismus junger Menschen in schändlicher Weise mißbraucht, eine ganze Generation in den Angriffskrieg getrieben und an allen Fronten „verheizt“.
- Wahr ist: Dieser „Führer“, der in der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges Zwölf- und Dreizehnjährige gegen russische Panzer schickte, hat sich durch Selbstmord feige der politischen Verantwortung entzogen.
- Wahr ist: Am Ende dieses von Hitler entfesselten Krieges standen millionenfach der Tod, Trümmer und Ruinen, Vertreibung und Flucht, Besetzung und Teilung.

Angesichts der erneuten Mobilisierung der Dummheit und Weckung primitivster Instinkte nehmen uns Selbstverständnis und Tradition der deutschen Arbeiterbewegung in die Pflicht, die Ursachen dieser aggressiven Emotionalisierung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dazu gehört nicht nur die konsequente Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und der Wohnungsnot, sondern auch die Aufklärung der Jugend über die Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik und die Schreckensherrschaft der Nazis. Nur wenn wir dieser Verantwortung gerecht werden, machen wir uns um das Vermächtnis derer verdient, die in einer dunklen Zeit das andere, das bessere Deutschland repräsentierten.

(-/19.9.1989/vo-he/rs)

* * *

Die Kräfte der Reform drängen

Zur Lage in der DDR

Von Gert Weisskirchen MdB
Mitglied der Internationalen Kommission beim SPD-Parteivorstand

Die SED-Führung verliert mehr und mehr den Bezug zur Realität.

Abgekoppelt vom fundamentalen Wandel der gesellschaftlichen Strukturen der Sowjetunion, Polens und Ungarns; gräbt sie sich in ihrer Wagenburg ein.

Moskau, Warschau und Budapest überraschen beinahe täglich mit neuen Ansätzen zur inneren Umgestaltung. Sie befreien sich vom Schutt der stalinistischen Vergangenheit. Und sie geben den Menschen Raum zu eigenverantwortlichem Handeln.

Sie arbeiten am Projekt der Zivilisierung der Macht.

Von unten lassen sie Initiativen zu.

Arbeiter erkämpfen sich Rechte der Mitentscheidung in den Betrieben. Umweltschützer zeigen öffentlich die Verletzungen vor, die der Natur zugefügt wurden. Künstler und Kulturschaffende fassen neuen Mut und erstreiten ihren Teil der Freiheit.

Was aber geschieht in der DDR?

Die SED-Führung reagiert auf den wachsenden Veränderungswillen aus der Bevölkerung mit einer gespaltenen Taktik. Die Scharfmacher in der Staatsicherheit lehnen jeden Ruf nach Demokratisierung ab. Ein anderer Teil der Führung ist in Selbstlähmung erstarrt.

Wann aber regen sich die Kräfte in der SED, die zur Veränderung bereit sind? Die Signale sind unübersehbar geworden, die Aufrufe unüberhörbar. Die Berliner Sektion des Schriftstellerverbandes hat soeben mit 195 zu fünf Stimmen das Eingreifen der Autoren in den künftigen Reformprozeß beschlossen.

Die Politik der Blockade im Innern wie nach außen wird nicht lange Bestand haben. Die Kräfte der Reform drängen.

Und wir Sozialdemokraten können nicht anders: wir ermuntern sie, sich einzumischen in ihre eigenen Verhältnisse.

(-/19.9.1989/vo-he/rs)

* * *

Auf dem Weg zu Hochschulen zweiter Klasse

Zu der von der Bundesregierung beschlossenen Änderung des Verfahrens der Studienplatzvergabe

Von Eckart Kuhlwein MdB

Vorsitzender der Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik -
Bildung 2000“ des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung will mit einer jüngst vom Kabinett beschlossenen Novelle zum Hochschulrahmengesetz (HRG) unter anderem das Verfahren zur Vergabe von Studienplätzen in Studiengängen mit örtlicher Übernachtfrage (Verteilungsverfahren) und im allgemeinen Auswahlverfahren (Numerus-Clausus-Fächer) ändern. Dabei geht es um eine Neuregelung der Verteilung der Bewerber auf die einzelnen Hochschulstandorte. Ein Gesetzentwurf wurde bereits mit den Ländern erörtert. Ziel der Novellierung ist es, die einzelne Hochschule stärker als bisher an der Auswahl der Bewerber zu beteiligen. Wie Bundesbildungsminister Möllemann angekündigt hat, soll dadurch „die Entwicklung spezifischer Leistungsprofile der Hochschulen“ ermöglicht werden. Sie sollen stärker als bisher „den Wettbewerb um qualifizierte Studenten aufnehmen“, die an einem Studium an einer bestimmten Hochschule aus wissenschaftlichen Gründen besonders interessiert sind und den Auswahlkriterien der Hochschule beziehungsweise des Fachbereiches entsprechen. Hochschulen mit mehr Bewerbern als Studienplätze beziehungsweise mehr ausgewählten Bewerbern sollen unter diesen eine Auswahl treffen.

Die beiden ZVS-Verfahren (Auswahlverfahren und Verteilungsverfahren) sind zweifellos eine durch den andauernden Mangel an Studienplätzen bedingte Notlösung. Mit der Novelle droht daraus eine Dauereinrichtung zu werden. Die „Notlösung“ ZVS arbeitet jedoch immerhin so erfolgreich, daß mehr als 80 Prozent der Studienplatzbewerber an der Hochschule ihrer ersten Wahl landen.

Das von der Bundesregierung beschlossene neue Verfahren wird die ZVS nicht etwa überflüssig machen, sie wird nach wie vor die Bewerbungen entgegennehmen und an die Hochschule der ersten Wahl weiterleiten. Sofern dort ein „Überhang“ an Bewerbern entsteht, sollen dann wenigstens drei Zehntel aber höchstens die Hälfte der Studienplätze nach den für die Ortswahl maßgebenden sozialen, insbesondere familiären und wirtschaftlichen Gründen vergeben werden. Für die übrigen Studienplätze kann sich die Hochschule ein eigenes Zulassungsverfahren stricken. Der Gesetzentwurf nennt als mögliche Kriterien den Grad der Qualifikation, die Eignung für den jeweiligen Studiengang, ein hochschuleigenes Testverfahren, hochschuleigene Bewerbungsgespräche oder auch eine Verbindung der genannten Kriterien. Hochschulen ohne Überhang lassen alle Bewerber zu.

Doch noch freie Studienplätze an den weniger ausgebuchten Hochschulen sollen durch einen zentralen Nachweis durch die ZVS an die Studierenden vergeben werden, die an den überlasteten Hochschulen nicht zum Zuge gekommen sind. Dabei sollen die Ortswünsche der zweiten Wahl der Bewerber berücksichtigt werden.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung bringt für die Masse der Studienplatzbewerber zusätzliche Unsicherheit und soziale Härten. Sie führen zu mehr Bürokratie in den Hochschulen, verursachen zwangsläufig zusätzliche Verwaltungskosten (Personal!), erlauben willkürliche Entscheidungen. Es ist fraglich, ob die hochschuleigenen Auswahlverfahren der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte und des Bundesverfassungsgerichts standhalten.

- 0 Das Verfahren wird zeitaufwendiger wegen der notwendigen Rückmeldungen zwischen Hochschulen und ZVS. Das bisher einstufige Verfahren wird mehrstufig. Bewerber an einer überlasteten Hochschule müssen unter Umständen monatelang auf die Zulassung, auf den Termin für einen Test oder auf einen Termin für das Bewerbungsgespräch warten. Werden sie abgewiesen, müssen sie kurzfristig ihre Dispositionen ändern. Dies wird umso schwieriger sein, je ungünstiger die individuellen sozialen Verhältnisse sind. Zu erwarten ist auf jeden Fall ein heftiger „Bewerbungstourismus“.
- 0 Während bisher im „Verteilungsverfahren“ bei der Vergabe aller Studienplätze allein soziale Gründe (Heimatsnähe, Behinderungen, Wohnsitz von Ehepartnern beziehungsweise Familie) ausschlaggebend sind, um Familien und Studierenden die Finanzierung des Studiums zu erleichtern, werden diese Gründe künftig nur noch für die Besetzung von 30 bis 50 Prozent der Studienplätze maßgebend sein. Dadurch entstehen zusätzliche soziale Härten, die auch die Novellierung des BAFöG nicht ausgleichen wird. Für viele Familien mit mehreren studierenden Kindern wird es auch bei einem mittleren Einkommen nicht möglich sein, ein Studium fern vom Heimatort zu finanzieren. Gleichzeitig wird sich die Wohnungsnot in den Hochschulstädten weiter verschärfen, wenn mehr Studierende nicht mehr von der Wohnung der Eltern aus studieren können.
- 0 Die vielbeklagte „Bürokratie“ in der ZVS wird sich auf die Hochschulverwaltungen verlagern und wegen des neuen komplizierten Verfahrens erheblich verstärken müssen. Es wird dann viele kleine ZVS an den Hochschulen geben. Und das ausgerechnet für die „Verteilungstudiengänge“, für die Vergabe bisher nach dem Motto „Postkarte genügt“ erfolgte. Es ist im übrigen kaum zu erwarten, daß die ohnehin überlasteten Hochschulen für 10.000 oder 20.000 Bewerber für Betriebswirtschaftslehre, Informatik und Volkswirtschaftslehre im Jahr ein sinnvolles und einigermaßen gerichtsfestes Verfahren entwickelt werden. Ein standardisiertes Verfahren per Computer innerhalb der Hochschule jedoch würde dem erklärten Ziel der Novelle widersprechen, die Möglichkeiten individueller Auswahl zu verbessern und könnte zur Entlastung der Hochschule auch besser durch die ZVS und ihren Computer erfolgen.
- 0 Die in der Novelle vorgesehenen Bewerbungsgespräche in der Hochschule haben ja doch wohl nur dann Sinn, wenn sie von den - gegenwärtig ohnehin überlasteten Hochschullehrern - geführt werden. Die soeben durch ein Sonderprogramm aufgestockten Lehrkapazitäten in Be-

triebswirtschaftslehre und Informatik sollten doch wohl nicht in Verwaltungsarbeit investiert werden. Solche Bewerbungsgespräche bedeuten überdies auch die Gefahr, daß sachfremde Überlegungen in die Entscheidungen einfließen. In den technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen könnten angesichts der gewaltigen zahlenmäßigen Überlegenheit männlicher Hochschullehrer die Chancen für Bewerberinnen noch schlechter werden als heute.

Mit der Novellierung des HRG wäre niemandem gedient. Den Hochschulen nicht, den Hochschullehrern nicht und den Studierenden schon gar nicht. Hochschulen ohne Bewerberüberhang könnten zu „Hochschulen zweiter Klasse“ werden. Ihre Standortprobleme würden eher verstärkt als beseitigt. Sie müßten auf jeden Fall die Studierenden nehmen, die ihnen zugewiesen werden. Damit wäre auch die regionale Verteilung der Hochschulen und ihre raumordnungspolitische Bedeutung getroffen, die in den 60er und 70er Jahren eine wesentliche Begründung für die Schaffung neuer Hochschulen gewesen ist. Im übrigen gibt es keinen nachweisbaren Zusammenhang zwischen der Qualität von Hochschulen beziehungsweise Studiengängen auf der einen und der Zahl der Bewerber auf der anderen Seite. Die meisten Studienplatzbewerber suchen ihren Hochschulstandort nicht danach aus, weil sie bei einem besonders renommierten Hochschullehrer hören möchten, sondern weil sie sich vom „Klima“ eines Hochschulstandorts im weitesten Sinne angezogen fühlen und/oder weil sie aus finanziellen Gründen oder wegen persönlicher Beziehungen in der Nähe ihres Heimatorts studieren wollen. Die weit überwiegende Mehrheit der Studierenden entwickelt erst nach mehreren Semestern eigene Schwerpunkte und orientiert sich erst dann an besonderen Angeboten einzelner Hochschulen beziehungsweise Hochschullehrer.

Der Gesetzentwurf täuscht eine kostenneutrale Änderung des Verfahrens vor. Mit zusätzlichen Kosten ist jedoch zu rechnen, weil

- der Verwaltungsaufwand durch die Mehrstufigkeit insgesamt höher wird als im reinen ZVS-Verfahren;
- teure Lehrkapazitäten für Verwaltungsaufgaben in Anspruch genommen werden;
- wegen auswärtiger Unterbringung zusätzliche BAFöG-Leistungen anfallen werden;
- der Mittelbedarf für den studentischen Wohnraumbau steigen wird.

(-/19.9.1989/vo-he/rs)